



Basler Zeitung  
4002 Basel  
061/ 639 11 11  
www.baz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 83'773  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 719.10  
Abo-Nr.: 1077515  
Seite: 7  
Fläche: 24'921 mm<sup>2</sup>

## Kyoto-Protokoll steht vor dem Aus

Das Klimaabkommen betrifft bald nur noch Europa, Australien und Neuseeland

CHRISTIAN MIHATSCH, Bangkok

**Das Kyoto-Protokoll galt als Durchbruch im Kampf gegen den Klimawandel. Doch nun steht es vor dem Abbruch: Nur noch die EU, die Schweiz, Norwegen, Australien und Neuseeland sind bereit, über eine Verlängerung zu verhandeln.**

Wenn vom Klima die Rede ist, denken viele Europäer an das Kyoto-Protokoll. In diesem Abkommen haben sich die Industriestaaten zu einer Senkung ihrer CO<sub>2</sub>-Emissionen verpflichtet. Doch das Abkommen läuft Ende 2012 aus, und eine Verlängerung des Vertrags ist ein wichtiges Thema bei den Klimaverhandlungen, die derzeit in Bonn stattfinden. Dabei ist jetzt schon klar, dass das Protokoll bald nur noch Europa (inklusive der Schweiz und Norwegen) sowie Australien und Neuseeland betrifft. Die USA haben das Abkommen nie ratifiziert, und nun steigen auch Japan, Kanada und Russland aus.

Im Fall von Kanada ist dies nicht erstaunlich. Wegen des Abbaus von Teersand zur Ölproduktion sind die kanadischen CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1990 massiv gestiegen. Die konservative Regierung weigert sich, das lukrative Geschäft wegen des Klimas einzuschränken. Japan argumentiert da verantwortungsvoller: Tokio verlangt, dass sich auch die grossen Schwellenländer wie China und Indien zu einer Begrenzung ihrer Emissionen verpflichten. Trotz «Kyoto» haben die japanischen Emissionen letztes Jahr

einen neuen Rekordwert erreicht, der dieses Jahr wohl erneut übertroffen wird.

Im Fall von Russland ist der Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll gar positiv: Das Abkommen nutzt 1990 als Referenzjahr, als die Sowjetindustrie noch weitgehend intakt war. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Planwirtschaft sind die russischen Emissionen deutlich gesunken. Gemäss Kyoto-Protokoll könnte Russland diese ungenutzten Emissionsrechte an andere Länder verkaufen. Steigt Moskau nun aus, verfallen die Verschmutzungsrechte und die Verhandlungen über eine Verlängerung des Protokolls werden einfacher.

Auch die verbleibenden Industrieländer, vorneweg die EU-Staaten, sind nicht bereit, das Protokoll ohne Gegenleistung anderer grosser Länder zu verlängern: «Es ist noch lange nicht klar, dass die EU einer Verlängerung zustimmt», sagt EU-Verhandlungsführer Artur Runge-Metzger. Wie Japan hätte die EU lieber ein einziges Abkommen mit Emissionsobergrenzen für Industrie- und Entwicklungsländer. Doch der Abschluss eines solchen Abkommens ist derzeit nahezu ausgeschlossen. Da US-Präsident Obama mit seinem Klimagesetz im Senat gescheitert ist, gilt eine Zustimmung zu einem internationalen Klimavertrag als illusorisch.

Auch die Entwicklungsländer wehren sich gegen rechtlich verbindliche

Emissionsobergrenzen. Deshalb würde es der EU reichen, wenn diese Länder zumindest national verbindliche Emissionsziele festlegen und Massnahmen zu deren Umsetzung einleiten. «Die verbleibenden Kyoto-Länder machen nur zehn bis zwölf Prozent der globalen Emissionen aus», sagt Runge-Metzger. Eine Verlängerung von «Kyoto» sei daher nur sinnvoll, wenn es auch Regeln für die restlichen 90 Prozent der Emissionen gibt.

**LÜCKE.** Selbst wenn es gelingen sollte, bei der Klimakonferenz in Durban im November eine Verlängerung des Kyoto-Protokolls zu verabschieden, entsteht eine Lücke im internationalen Klimaregime. Denn ein neues Abkommen muss in den beteiligten Ländern ratifiziert werden. Das braucht Zeit.

Das Kyoto-Protokoll wurde 1997 verabschiedet und trat 2005 in Kraft. Es gilt daher als unrealistisch, dass eine Verlängerung des Protokolls pünktlich zum 1. Januar 2013 in Kraft ist. Das ist eine Gefahr für einen Teil des CO<sub>2</sub>-Markts, auf dem Länder und Unternehmen Emissionsreduktionen in Drittländern vornehmen können, um Kosten zu sparen. Auch hier kommt es auf die EU an: Als Hauptabnehmerin für diese Verschmutzungsrechte braucht sie kein internationales Abkommen, um diesen Markt am Leben zu erhalten.